

# Jede Menge Geld

## Bargeld, hochgeschätzt und unerwünscht

Andreas Bangemann

*Es ist paradox. Noch nie war so viel Bargeld außerhalb der Bankenwelt. Gleichzeitig liefern sich Experten ein von Widersprüchen geprägtes Gefecht um die fälschungssicheren Scheine der Europäischen Zentralbank. Die Deutsche Bundesbank ist stolz auf die Beliebtheit der Geldscheine, während der Finanzminister eine Obergrenze von Barzahlungen gutheißt. Die Bundesbürger schätzen am Bargeld die leichte Handhabung und die Anonymität der Zahlungsvorgänge. Für Politiker ist Letzteres ein Dorn im Auge. Studie um Studie wiederholt Gefahren, wie zum Beispiel Schattenwirtschaft, Terrorismusfinanzierung oder die organisierte Kriminalität, zu welchen Bargeld zur Vernebelung widerrechtlicher Machenschaften genutzt würde. Die Kampagnen von Banken zur freiwilligen Umerziehung hin zu bargeldlosen Zahlungen laufen ins Leere. Zumindest in Deutschland. Die Rufe nach Zwangsmaßnahmen nehmen zu und tragen noch mehr zur Verwirrung bei.*

Dieser Beitrag soll der Einschätzung der Rolle des Bargelds in Wirtschaft und Gesellschaft dienen und etwas Licht in die Welt der Geldmengen bringen.

**„Bargeld mag anstößig und unmodern sein und allerlei Strafwürdiges begünstigen, aber es ist noch immer ein bedeutsames öffentliches Gut. Gleichmaßen wichtig für Reiche und Arme.“**

Brett Scott

### Bargeld, hochgeschätzt und unerwünscht

Kenneth Rogoff zitiert in seinem Buch „The curse of cash“ (wörtlich: „Der Fluch des Bargelds“ die deutsche Übersetzung des Buchtitels lautet allerdings: »Der Fluch des Geldes«) Dostojewski mit dem Spruch „Bargeld ist geprägte Freiheit“, aber er kommt zum Schluss, dass diese Freiheit nur jenen zugutekäme, die Schädliches damit im Schilde führten. Die kriminellen Bargeschäfte oder die Tatsache, dass nur ein geringer Prozentsatz des insgesamt umlaufenden Bargelds in der Wirtschaft genutzt wird, sprächen für eine Abschaffung.

Diese Auffassung untermauert der Autor einer Studie des IWF<sup>[1]</sup>. Bargeld spielt demzufolge bei »normalen« Wirtschaftsteilnehmern nur eine Rolle bei zu zahlenden Kleinstbeträgen bis 20,- € (bzw. Dollar). Je höher der Nominalwert der Banknoten, desto unbedeutender ihr Umlauf in der Wirtschaft. Bereits die 100-€-Note ist an den Ladenkassen nahezu irrelevant. Zusammen mit den noch seltener genutzten 200er und 500er-Noten summieren sich diese Notengrößen wertmäßig trotzdem auf rund 60 % des insgesamt ausgegebenen Bargelds.

Rogoff und der IWF zählen zu den mit Macht ausgestatteten Bargeldgegnern. Ihnen stehen die „freien Bürger“ gegenüber, die noch die Wahl zu haben scheinen, womit sie bezahlen.

<sup>1</sup> Working Paper WP/17/71 „The macroeconomics of de-cashing“, Alexei Kireyev, März 2017

Der Buchautor und Finanzmarktanalytiker Brett Scott spricht von eklatantem Marktversagen, wenn auf einem vorgeblich freien Markt Individuen zu bestimmten Zahlungsweisen gezwungen werden, die letztlich dazu führen, dass Tauschgeschäfte nicht zustande kommen. Man müsse gemäß Scott verstehen, dass wir mit zwei Arten von Zahlungsmitteln leben. Auf der einen Seite dem physisch greifbaren Geld in Form von Münzen und Scheinen – er nennt es »Staatsgeld« oder öffentliches Geld – zum anderen jenem, das nur in Form von Datenobjekten in Geschäftsbanken als »Merkwerte« aufbewahrt wird. Anstatt Geldscheine zu transportieren, »verschieben« wir sie, indem wir mit technischen Hilfsmitteln Nachrichten an die Bank senden, mit der Bitte, Daten unseren Wünschen getreu zu verarbeiten. Diese Zahlungsmittel seien kein Staatsgeld mehr, stattdessen im Wesentlichen privat. Sie laufen auf der Infrastruktur eines Kollektivs aus Geschäftsbanken und Zahlungsvermittlern ab, deren vorrangiges Bestreben das nach Profit sei.

**„Elektronische Daten auf Ihrem Bankkonto sind kein Staatsgeld. Vielmehr verzeichnet Ihr Bankkonto private Versprechungen, die Ihnen von einer Bank gegeben wurden. Die Geschäftsbank verspricht Ihnen Zugang zu Staatsgeld, falls Sie es wünschen.“<sup>[2]</sup>**

Brett Scott

### Die Freiheit der Wahl – morgen noch „bankenlos“ bezahlen können

Ebendiese „privaten Versprechen“ sind weiter nichts als Zahlen auf einem Blatt Papier, genannt Kontoauszug,

die dem Inhaber ein Guthaben ausweisen. Eines, das er zu jedem beliebigen Zeitpunkt in Staatsgeld (Bargeld) verwandeln, aber gleichermaßen direkt zur Bezahlung einsetzen kann, ohne es zuvor zu tauschen. Speziell zur Beurteilung komplexer Vorgänge in der Wirtschaft und ggf. von Lösungsvorschlägen hinsichtlich notwendiger Änderungen am Geldsystem wäre es förderlich, die rechtlich unterschiedlichen Zahlungsmittel nicht in einen Topf zu werfen. Leider tun jedoch die Zentralbanken in ihren Statistiken genau das. Die „Geldmenge“ **M1** beinhaltet sowohl das umlaufende Bargeld als auch die Guthaben von Girokonten.

Brett Scott sieht die Wahlmöglichkeit der Wirtschaftenden innerhalb des dualen Systems aus Staatsgeld und Privatgeld als tragendes Element der Freiheit des Bezahlers an. Dagegen versuchten die »Architekten des bargeldlosen Zahlens«, den Rückgriff auf staatliches Bargeld abzuschaffen, was auf eine gänzliche Privatisierung des Zahlungsverkehrs hinausliefe. Die als »natürlicher Fortschritt« verkaufte bargeldlose Gesellschaft sei laut Brett Scott in Wahrheit eine Bankzahlungsgesellschaft. Wenn Bankzahlungen bargeldlos genannt werden, dann müsse man klärend dagegenstellen, dass Barzahlungen bankenlos seien.

Hinter der Propaganda für die bargeldlose Zukunft stecke eine Allianz dreier Elite-Gruppen. Die Bankenbranche, die privaten Zahlungsvermittler, wie zum Beispiel die globalen Player der Kreditkarten-Unternehmen, sowie kurioserweise der Staat in seinen Bemühungen um lückenlose Überwachung des Zahlungsverkehrs. Im Bankzahlungssystem können alle Transaktionen aufgezeichnet, beobachtet und analysiert werden, einerlei ob es sich dabei um gute oder schlechte handle. Am Ende lebten wir in einer Wirtschaft, in der es profitorientierten Unternehmen gelungen ist, zwischen den Austausch realer Güter und Dienstleistungen ein Zugangssystem zu etablieren, das rein privaten Interessen diene. In einer Welt ohne Bargeld komme niemand mehr an den drei Torwächtern des Zahlungsverkehrs vorbei, ohne deren Spielregeln zu befolgen.

## Meinungsbildung durch Furcht und Schrecken

Bedeutsame Mengen Bargelds werden gemäß der genannten IWF-Studie für Geldwäsche, Steuerflucht und kriminelle Geschäfte genutzt. Der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring unterstellt dem Autor trotz vorgegeblicher Neutralität eine unterschwellige Tendenz Pro Bargeldabschaffung. Während die Passagen über die Nachteile baren Bezahlers mit kräftigen Worten als real dargestellt würden, bliebe sie hinsichtlich der Vorteile konjunktivisch.<sup>[3]</sup>

Das brandmarkt auch Brett Scott als bewusste Propaganda. Derlei Rhetorik werde eingesetzt, um der angeblich verbrecherischen Bargeldwelt jene glitzernd, fröhliche Werbewelt des digitalen Bezahlers gegenüberzustellen. Furcht und Schrecken, die von Kriminalität und Terrorismus ausgehen, würden in direkter Verbindung mit Bargeld genannt. Auf eine Weise, als wäre es machbar, diese Geißeln unserer Zeit zusammen mit den Scheinen und Münzen auszurotten.

Die sogenannte „Geldreform“ in Indien, im Zuge derer der indische Premierminister Modi über Nacht große Rupien-Banknoten für ungültig erklärt hatte, brachte gemäß Scott den Verfechtern der Bargeldlosigkeit relevante Erkenntnisse. Eine durch die UN gestützte »Besser-als-Bargeld-Allianz« (Better than cash alliance<sup>[4]</sup>) hatte versucht, die Umstellung auf digitales Bezahlen als »Beitrag zur Verringerung der Armut und zur Teilhabe am Wachstum« zu verkaufen. Aber dieser Schuss ging aufgrund der besonderen Situation in Indien nach hinten los. Sogar Rogoff gab sich erschrocken und schrieb Artikel, darauf hinweisend, dass er mit seiner Forderung, Bargeld abzuschaffen, gezielt fortgeschrittene Volkswirtschaften meinte.

Inwieweit digitales Bezahlen auf dem Vormarsch ist, zeigt das IWF-Papier. Längst gibt es in unzähligen Ländern Betragsgrenzen für das Barbezahlen. Politische Rufe nach Abschaffung großer Banknoten werden überall lauter und nicht zuletzt beweist zunehmend verändertes Zahlungsverhalten von Konsumenten den Trend weg vom Bargeld.

<sup>3</sup> <http://norberthaering.de/de/27-german/news/809-iwfrat-zur-bargeldabschaffung>

<sup>4</sup> <https://www.betterthancash.org/>

## Geldmengenbegriffe

Zur Beurteilung der Lage ist die Vergegenwärtigung von Zahlen hilfreich. Doch dafür müssen zu Beginn Begriffe geklärt werden, welche die Fachwelt verwendet.

„Auf die Frage, wie viel Geld es eigentlich gibt, gibt es keine eindeutige Antwort.“ Zitat Deutsche Bundesbank

Wenn die öffentliche Einrichtung, der wir die Stabilität unserer Währung beauftragt haben, dergleichen schreibt, klingt das überraschend.

„Als Geldmenge bezeichnet man den Geldbestand in Händen von Nichtbanken. Guthaben von Banken werden nicht dazu gezählt.“ ... „Weil der Übergang zwischen Geld als Tausch- und Zahlungsmittel einerseits und als Wertaufbewahrungsmittel andererseits fließend ist, werden unterschiedliche Geldmengen berechnet. Das Eurosystem unterscheidet drei Geldmengen, die aufeinander aufbauen, und zwar nach der „Liquiditätsnähe“ der einbezogenen Guthaben, also nach der Verfügbarkeit des Geldes für den Bankkunden. Bezeichnet werden sie mit den Abkürzungen M1, M2 und M3. Das ‚M‘ stammt vom englischen Wort für Geld: money.“

Es ist merkwürdig, wenn die Deutsche Bundesbank darlegt, dass die Übergänge zwischen sich widersprechenden Funktionen von Geld „fließend“ seien. Denn am Ende hängt in der Wirtschaft und dem gesamten Finanzwesen alles mit jenem einen Produkt zusammen, das nur die Zentralbank erschaffen kann: dem Bargeld.

## M0

Die Geldmenge **M0** taucht in den offiziellen Statistiken nicht in Verbindung mit dem Ausweis der Geldmengen **M1** bis **M3** auf, weil die Zuordnung verschieden ist. Über **M1** bis **M3** verfügen ausschließlich „Nichtbanken“, sprich Privatpersonen, Unternehmen, Einrichtungen usw.

Die am weitesten gefasste Geldmenge **M3** enthält in Summe alle anderen (**M1** und **M2**). In dieses Prinzip kann man **M0** als Bestandteil nicht hinzufügen, denn nur ein Teil von **M0**, das so-

<sup>2</sup> „In praise of cash“ erschienen auf aeon.co am 1. 3. 2017

genannte »Umlaufende Bargeld« ist in Händen von Nichtbanken. Das zu **M0** zählende Bargeld der Geschäftsbanken, sowie deren Guthaben bei der Zentralbank werden als »Zentralbankgeld« (ZBG), bzw. **M0** bezeichnet.

**Umlaufendes Bargeld:**

Gemäß Studien der Deutschen Bundesbank laufen rund 85 % des »Umlaufenden Bargelds« nicht um. Es wird nicht für Zahlungszwecke genutzt, sondern gehortet, bzw. ist mit unbekannter Nutzung »unterwegs«. Es liegt im freien Ermessen der Bargeldbesitzer, »ihr« Geld beliebig dem Umlauf zu entziehen.

Es kursieren unterschiedliche Definitionen, was in **M0** enthalten ist. Zu allem Überfluss gibt es zwischen jener der Deutschen Bundesbank und der der Europäischen Zentralbank Abweichungen. In namhaften Lehrbüchern und Expertenpublikationen kommen andere Begriffsbestimmungen hinzu.

Im Grunde haben die Bestände innerhalb des Bankensystems keinen direkten Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen. Man kann sie komplett als eine Art „Kassenbestand“ betrachten. Die aktuelle deutliche Zunahme dieser Kassenhaltung steht im Zusammenhang mit der expansiven Geldpolitik der EZB, die im März 2015 ein Anleihen-Aufkaufprogramm startete, über das „frisches“ Zentralbankgeld geschöpft wird. Da Nichtbanken es nicht in dem Maße in die Wirtschaft leiten, wie die verantwortlichen Zentralbanker sich das wünschten, bläht dieses Geld die bankeninternen Bestände auf. Realwirtschaftliche Effekte entstünden erst bei Kreditaufnahmen von Unternehmen, die trotz niedrigster Kreditzinsen ausbleiben. Durch negative Zinsen, für die in **M0** enthaltenen Einlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank entsteht ein Kostendruck, der das Bankensystem belastet. Die Weitergabe der negativen Zinsen an die Nichtbanken ist nur bedingt umsetzbar, weil Guthabenbesitzer durch Umtausch in Bargeld jederzeit ausweichen können.

**M1 bis M3**



Je höher die Zahl hinter dem „M“, umso länger der Zeitraum, innerhalb dem die Geschäftsbanken ihr Versprechen ein-

lösen und den Tausch in Bargeld gegenüber ihren Kunden verwirklichen müssen, falls es gefordert wird. Die Zeitdauer hängt zum einen von den vertraglichen Vereinbarungen ab, die einlegende Bankkunden mit ihrer Bank getroffen haben. Das sind zum einen Kündigungsfristen für Spareinlagen. Auf der anderen Seite hat die Bank Kredite mit festgelegten Laufzeiten vergeben. Im Bankensystem ist es Usus eine mehr oder weniger ausgeprägte Fristentransformation vorzunehmen. Die ist hinsichtlich einer höheren Flexibilität nötig, um Kundenwünschen nach Krediten gerecht zu werden. Das besagt, dass eine Geschäftsbank in der Lage ist, Geldanlagen (Depositen) von Kunden mit abweichenden Fristsetzungen zu verwalten, als die ausgegebenen Kredite. Grundlage für die angemessene Einschätzung ist dabei die Beobachtung von Kundenverhalten auf längere Sicht. Der Sachverhalt, wonach die täglich fällig werdenden Einlagen stetig zunehmen, ist zwar unerwünscht, bedeutet aber wegen der Beständigkeit eine stabile Voraussetzung für Kreditvergaben und erforderliche Refinanzierungen.

Jedoch besteht in einem krisenhaften gesamtwirtschaftlichen Umfeld die Gefahr, dass sich das von heute auf morgen ändert und viele Bankkunden ihre Giroguthaben sofort in Bargeld ausbezahlt haben wollen. (Der sogenann-

te Bankrun) Seit 2008 schwebt dieses Szenario ständig wie ein Damoklesschwert über der Finanzwelt. Die niedrigen Zinsen, bis hinein in negative Bereiche für hohe kurzfristig angelegte Beträge tun ein Übriges zur unsicheren Gesamtlage.

Die »eng gefasste Geldmenge« **M1** beinhaltet demzufolge sowohl das von Brett Scott »Staatsgeld« genannte Bargeld, bzw. im IWF-Papier als »currency« bezeichnete (Währung, Zahlungsmittel, Geldumlauf), als auch das »Privatgeld« (Brett Scott), also die Guthaben, die die Geschäftsbanken den jeweiligen Inhabern in digitaler Form bereitstellen.

Bei dieser Definition von **M1** wird einzig auf die theoretische Einschätzung abgehoben, wonach sowohl das Bargeld als auch die Girokontoguthaben unmittelbar für Zahlungszwecke eingesetzt werden können. Beides sind allgemein anerkannte Zahlungsmittel. Die Unterscheidung, wonach hinter den beiden zusammengefassten Arten der Bezahlung, bzw. Formen des Geldes, gänzlich unterschiedliche rechtliche Konstruktionen, samt deren realer Auswirkungen liegen, wird nicht getroffen.

Diesen Sachverhalt kritisieren Reformen mit dem Anliegen einer grundlegenden Neuordnung und Einschätzung von Bargeld als Basis für ein dem Men-

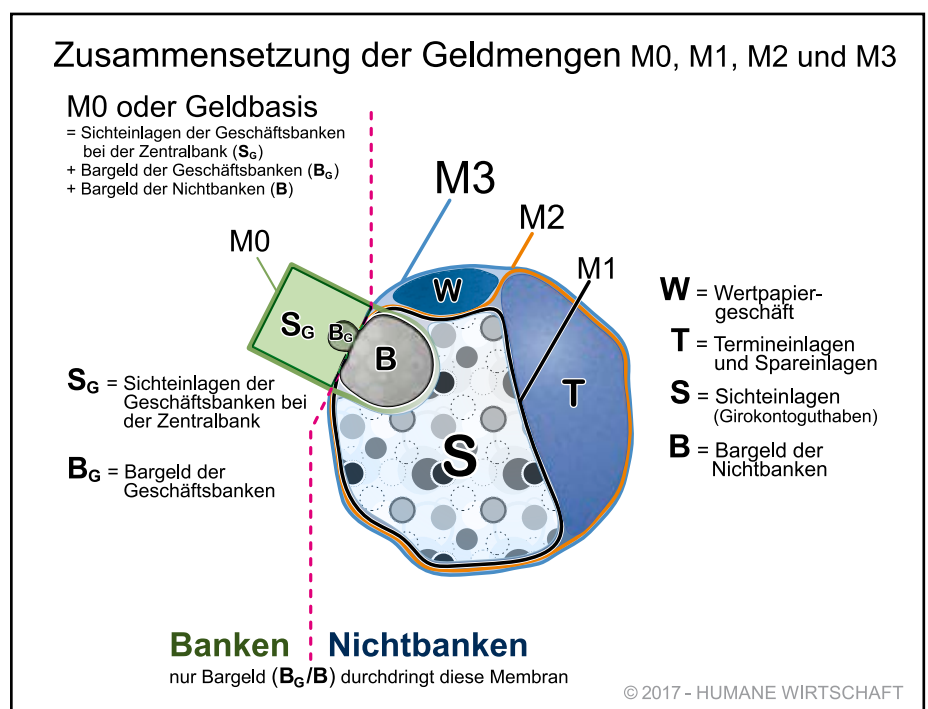


Abbildung 1. Schematische Darstellung der Geldmengen-Aggregate mit Trennung zwischen Bankensystem samt Zentralbank und Nichtbanken.)

schen dienendes Wirtschaftssystem. Das von einer öffentlichen Einrichtung zur Verfügung gestellte Bargeld mit dem Versprechen auf Bargeld, das von privaten Geschäftsbanken abgegeben wird, in einen Topf zu werfen, erklären sie für unzulässig. Das stiftete in erster Linie politische Verwirrung, da private und allgemeingesellschaftliche Interessen vermischt werden und der Eindruck entstehe, dass staatlicher Eingriff diesbezüglich freiheitsbeschränkend für individuellen Unternehmerteil sei. Politik setzt Rahmenbedingungen und sollte dabei private Interessen nicht vor öffentliche stellen. Wirft man die beiden in einen Topf, wird es schwer, sie auseinanderzuhalten.

Ein Beispiel bezieht sich auf den Vorschlag einer Umlaufsicherungsgebühr auf Bargeld. Eine Maßnahme, die nach Einschätzung der Vertreter dieser Lösung eine Wirkung auf alle „Geldmengen“ entfalten würde, die innerhalb des Bankensystems als Versprechen auf Auszahlung von Geld gehalten werden.

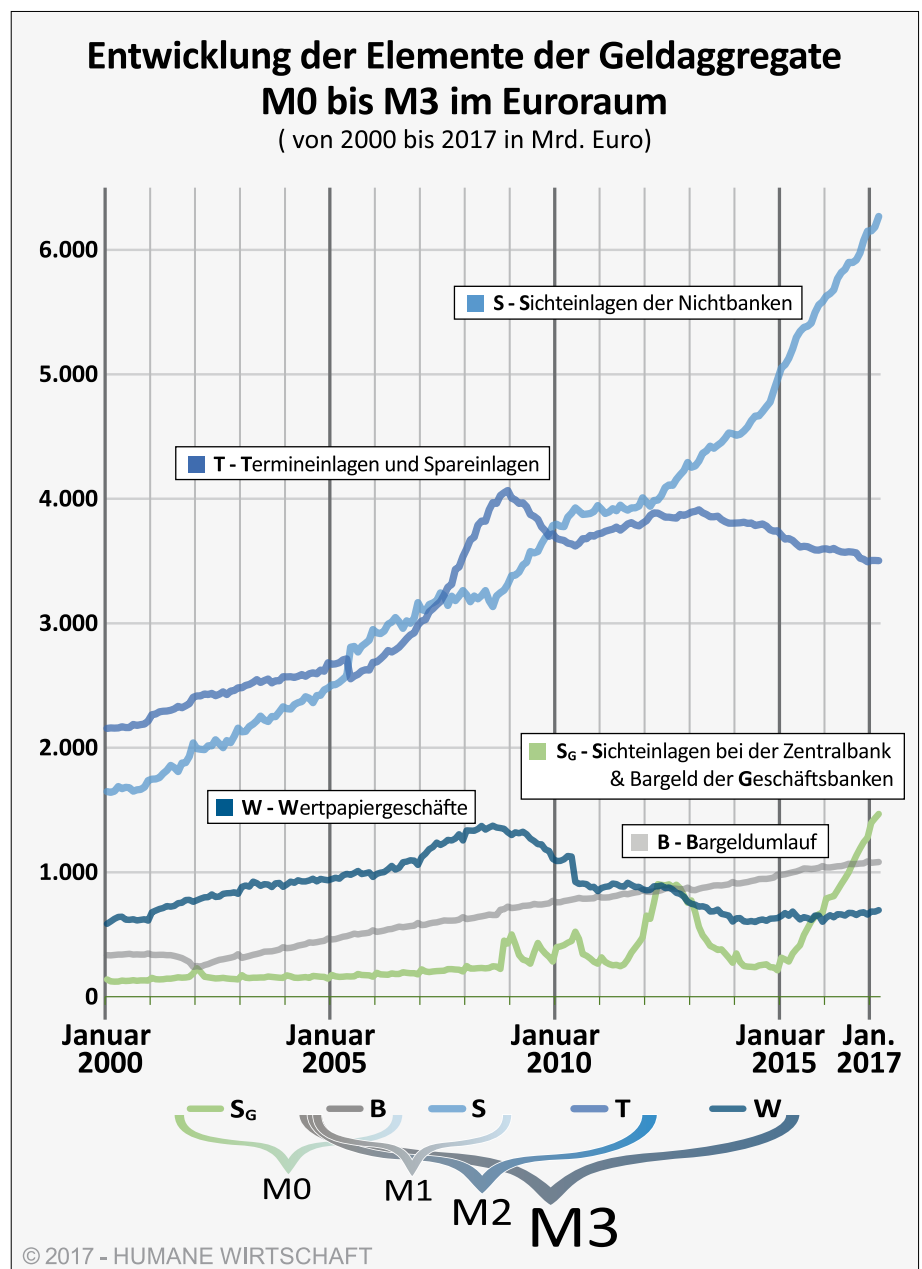
GELD

Steffen Henke, Geschäftsführer der gemeinnützigen Leipziger „Neues Geld gGmbH“ setzt sich für „Fließendes Geld“<sup>5</sup> ein und urteilt dementsprechend: „Solange man nicht korrekt zwischen Geld und Guthaben unterscheidet, kommt es zu Ableitungsfehlern mit verheerenden Verständniskonsequenzen.“

Leider gibt es eine etablierte, von Ungenauigkeit durchsetzte Deutungshoheit hinsichtlich der Verwendung der Geldbegriffe bei Wissenschaft, Staat und EZB. Wer daran rütteln und für Klarheit sorgen will, wird in die Rolle eines mit dem Radio vergleichbaren „Piratensenders“ gedrängt. Man muss eine eigene Frequenz suchen und auf Hörer hoffen.

Warum und von wem auch immer die anerkannten Geldmengenbegriffe eingeführt wurden: Sie sind Teil des Problems. Ohne Bargeld müsste es entweder ein anderes gesetzliches Zahlungsmittel und damit „Staatsgeld“ geben, das die Zentralbank als Rahmenbedingungen überwachende öffentliche Einrichtung kontrolliert oder es käme zu einer Auflösung der Zentralbank und einer (ggf. gesetzlich geregelten) Privatisierung des Geldwesens.

<sup>5</sup> <http://www.neuesgeld.net>



Darstellung 2 (Zahlenquelle: Deutsche Bundesbank)

Basierend auf dem Schema von Abbildung 1 sieht man in Darstellung 2 die Entwicklung von **M0** bis **M3** in Zahlen von 2000 bis 2017. Es werden einzelnen Elemente der jeweiligen „Geldmengen“ gesondert betrachtet. Daraus kann man unterschiedliche Verläufe ablesen, die Auskunft darüber geben, in welchem Maße die Nichtbanken ihre Geldguthaben „umgeschichtet“ haben.

#### Exkurs: Digitales bezahlen

Im Zuge der Digitalisierung nehmen ergänzende elektronische bzw. digitale Bezahlformen zu. Dabei werden Bankguthaben nicht bar ausbezahlt, sondern beispielsweise auf physische

Chipkarten oder Onlineserver von Finanzdienstleistern (z. B. Paypal) geladen. In Afrika gibt es ein Verfahren, bei dem man Mobiltelefone als Guthabenspeicher zum sofortigen Bezahlen nutzt (M-Pesa in Kenia und Tansania). Die Vertrauenswürdigkeit der Systeme basiert auf kryptografischen Authentifizierungsprozessen. Nicht zum elektronischen „Geld“ zählen die Kredit- oder Debitkarten, denn sie speichern die Geldguthaben nicht. Internetbasierte Kryptowährungen, wie beispielsweise Bitcoin, ordnet man ebenfalls nicht diesem Bereich zu. Sie werden nicht allgemein als Zahlungsmittel akzeptiert und haben keinen direkten Zusammenhang mit von einer Zentralbank geschöpftem Bargeld.

Geldmengen M0, M1, M2 und M3 im Euroraum in Mrd. Euro		Jan 00	Jan 05	Jan 10	Jan 15	Jan 17	
<b>Banken (hellgrüner Rahmen)</b>							
<b>M0 = Zentralbankgeld</b> <i>gemitteltes Jahreswachstum zur Vorperiode (gJw)</i>		8,3%	6,9%	16,4%	2,4%	45,7%	
<b>S<sub>G</sub></b> Sichteinlagen bei der Zentralbank & Bargeld der Geschäftsbanken	<b>S<sub>G</sub></b>	138	175	398	313	1.398	
<b>B</b> Bargeldumlauf (Bargeld der Nichtbanken)	<b>+ B</b>	334	460	757	979	1.075	
Summe aus S <sub>G</sub> + B = <b>M0</b>		<b>472</b>	<b>635</b>	<b>1.155</b>	<b>1.292</b>	<b>2.473</b>	
<b>Nichtbanken (hellblauer Rahmen)</b>							
<b>M1</b> setzt sich zusammen aus:		<i>gJw</i>	13,3%	9,9%	10,7%	6,5%	9,9%
<b>S</b> Sichteinlagen der Nichtbanken (Guthaben auf Girokonten)	<b>S</b>	1.649	2.506	3.797	5.052	6.153	
<b>B</b> Bargeldumlauf (Bargeld der Nichtbanken)	<b>+ B</b>	334	460	757	979	1.075	
Die Summe aus S + B = <b>M1</b>		<b>1.983</b>	<b>2.966</b>	<b>4.554</b>	<b>6.031</b>	<b>7.228</b>	
<b>M2</b> setzt sich zusammen aus:		<i>gJw</i>	6,5%	7,2%	9,2%	3,7%	5,1%
<b>T</b> Termineinlagen (mit Laufzeiten bis zu 2 Jahren) & Spareinlagen (mit Kündigungsfristen bis zu 3 Monaten)	<b>T</b>	2.155	2.671	3.681	3.708	3.504	
<b>+ M1 (= S + B)</b>	<b>+ M1</b>	1.983	2.966	4.554	6.031	7.228	
Die Summe aus T + M1 = <b>M2</b>		<b>4.138</b>	<b>5.637</b>	<b>8.235</b>	<b>9.739</b>	<b>10.732</b>	
<b>M3</b> setzt sich zusammen aus:		<i>gJw</i>	5,5%	7,9%	8,3%	2,3%	4,9%
<b>W</b> Wertpapiergeschäfte = Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere, Schuldverschreibungen (mit Laufz. bis 2 J.) und Beträgen aus Repogeschäften	<b>W</b>	585	945	1.090	649	684	
<b>+ M2 (= T + S + B)</b>	<b>+ M2</b>	4.138	5.637	8.235	9.739	10.732	
Die Summe aus W + M2 = <b>M3</b>		<b>4.723</b>	<b>6.582</b>	<b>9.325</b>	<b>10.388</b>	<b>11.416</b>	

© HUMANE WIRTSCHAFT 2017

## Die Funktionen von Geld

Für ein Gesamtbild ist es hilfreich, die Funktionen von Geld und die menschlichen Motive für das Streben nach Geldhaltung zu reflektieren. Ich verwende in der Folge bewusst „Geld“ als Oberbegriff, plädiere aber für die genaue Unterscheidung verschiedener Zahlungsmittel, um den Aspekten der Funktionen und Motive gerecht zu werden. Siehe auch die ergänzende Bewertungsliste ([Scorecard](#)).

**Funktionen** – Dem Geld werden allgemein drei Funktionen zugeschrieben:

- **Tauschfunktion**, Mittel zur Erlangung von nicht-finanziellen Gütern und Leistungen.
- **Wertaufbewahrung** – Mittel, um Vermögen und Wohlstand zu halten.
- **Preismaßstab** – Standard, um Preise für Güter und Leistungen auszuweisen, Werte von finanziellen und nicht-finanziellen Anlagegütern zu bestimmen – so gesehen ein Mittel für den Vergleich von Werten.

### Motive der Geldhaltung

(nach John Maynard Keynes)

- **Transaktionsmotiv** – Käufe und Verkäufe auf Güter- und Dienstleistungsmärkten sofort abwickeln.

- **Vorsichtsmotiv** – Rücklagenbildung ausschließlich zum Zweck zur Bezahlung außerplanmäßiger, unerwarteter Ereignisse.
- **Spekulationsmotiv** – Wertpapiere und Anlageformen mit Renditeversprechen.

Der von der Bundesbank eingangs des Kapitels „Geldmengenbegriffe“ attestierte fließende Übergang zwischen den Funktionen von Geld (Tauschfunktion, Wertaufbewahrung) bekommt Kontur, wenn man sich die Zusammenstellung der sich teilweise direkt widersprechenden Funktionen und Motive im Zusammenhang anschaut.

Beispiel: Wenn man aus spekulativen Motiven heraus jederzeit Geld dem

Tauschmarkt entziehen und der Wertaufbewahrung zuführen kann, liegt ein Widerspruch vor, der sich nur auflösen lässt, indem man beim »Design« des Geldsystems gesamtwirtschaftlich sinnvolle Prioritäten setzt.

Eckhard Behrens vom Seminar für Freiheitliche Ordnung in Bad Boll, sieht eine entscheidende Erkenntnis Silvio Gesells darin, dass die verbreitete Nutzung des Bargelds als Schatzmittel die Zahlungsmittelfunktion und damit auch die Wertmesserfunktion immer wieder grundlegend stört. Die Schatzmitteleignung („Wertaufbewahrungsfunktion“ des Bargeldes) muss demnach eingeschränkt werden, damit sich die Zahlungsmittelfunktion ungestört entfalten kann. Auf einem optimalen Zahlungsmittel könne ein

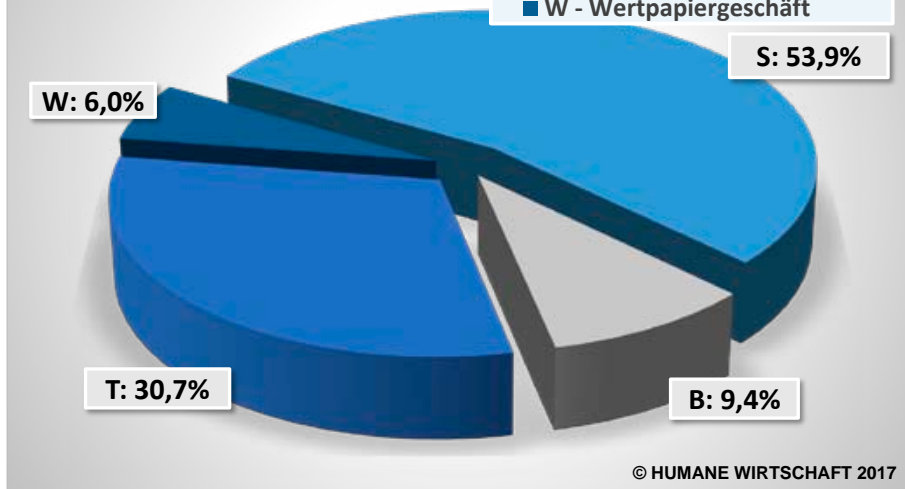
### Bewertungsliste (Scorecard) zur Eignungsprüfung unterschiedlicher „Geldmengen“ hinsichtlich seiner Funktionen und den Motiven der Wirtschaftsteilnehmer

Funktion/Motiv	Bar-geld	Sicht-einlagen	Termin-geld (M2)	Wertpa-piere (M3)
Zahlungsmittel	5	4	0	0
Wertmaßstab	5	0	0	0
Wertaufbewahrung	1	4	5	5
Transaktionsmotiv	5	4	0	0
Vorsichtsmotiv	2	4	3	1
Spekulationsmotiv	0	1	4	5

Erläuterung: Bewertung von 0 bis 5; 5 bedeutet: gut geeignet, 0 bedeutet: ungeeignet  
Alle Bewertungen nach Einschätzung des Autors

## Prozentuale Verteilung der Geldmenge M3

im Euroraum - Januar 2017



dauerhafter (nachhaltig stabiler) Wertmesser aufgebaut werden.

Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge sei gemäß Behrens auch die Frage der Bargeldabschaffung zu diskutieren. Alle kurzfristigen Einlagen (Girokontoguthaben oder auch „Buchgeld“ genannt, Anm. der Red.) seien nur privat geschaffene Zahlungsmittel, nicht Währungsbestandteil (Zentralbankgeld) wie das Bargeld. Dem „Buchgeld“ käme demzufolge keine die Wertmesser-Funktion beeinflussende Wirkung zu. Das Buchgeld sei eine Forderung auf Bargeld; daher gelte: Ohne Bargeld, kein Buchgeld. Mit der Bargeldabschaffung bräche das gewohnte Buchgeldsystem zusammen. Das gewohnte Buchgeld könne das Bargeld nicht ersetzen. – Das Bargeld könne nur durch Zentralbank-Buchgeld in der Hand von Jedermann ersetzt werden. Bisher ist Zentralbank-Buchgeld nur den Geschäftsbanken zugänglich. „Vielleicht muss das nicht so bleiben.“, konstatiert Eckhard Behrens.

### Gegenseitige Abhängigkeitsverhältnisse

Es ist hilfreich, sich die wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Nichtbanken, Geschäftsbanken und Zentralbank bewusst zu machen.

Für Nichtbanken ist arbeitsteilige, wirtschaftliche Tätigkeit unabhängig von Banken realisierbar.<sup>[6]</sup> Banken ohne

<sup>6</sup> Siehe dazu die wahre Geschichte aus Irland in den 70-er Jahren in <http://humane-wirtschaft.de/irland-eine-insel-ohne-banken-daniela-rom/>

wirtschaftende Kunden haben keinen Sinn und Zweck. Man bräuchte sie nicht. Gleichermäßen zwecklos wäre in diesem Fall Geld – welches auch immer – und natürlich wären auch Zentralbanken obsolet.

Das gesamte Geldsystem samt seinen realen und abstrakten Einrichtungen, wozu man das „Geld“ zählen kann, sind auf die „Ernährung“ durch den wirtschaftenden Menschen angewiesen. Umgekehrt ist das Abhängigkeitsverhältnis eines, das hilfreich für eine Optimierung des Wirtschaftens ist, aber nicht überlebensnotwendig.

Es liegt kein „obligater Mutualismus“ vor, bei dem die Partner isoliert nicht lebensfähig wären. Lebensunfähig wären nur die Banken ohne Wirtschaftende.

Nichtbanken kommen unter den Bedingungen des bestehenden Geldsystems nicht direkt an Bargeld, nur mit Hilfe einer Geschäftsbank. Diese sind gezwungen Bargeld bei der Zentralbank zu besorgen. Auslöser ist dabei ausschließlich der Bankkundenwunsch. Geschäftsbanken sind in der Lage, der Optimierung wirtschaftlicher Abläufe dienstbar zu sein, in dem sie eine Infrastruktur zur Erleichterung von Transaktionen, sowie Angebote zur Organisation von Geldtransfers „über die Zeit“ (Einlagen- und Kreditgeschäft) bereitstellen. Die Zentralbanken wiederum sind öffentliche Einrichtungen. Sie werden vom Volke eingesetzt, handeln jedoch unabhängig und sind als einzige mit der

Schöpfungshoheit des gesetzlichen Zahlungsmittels ausgestattet, um den bestmöglichen Ablauf wirtschaftlicher Tätigkeiten gewährleisten zu können.

Wenn sich Geldvermögen losgelöst von wirtschaftlicher Leistung vermehren können, liegt ein Systemfehler vor, der der Gesellschaft und damit allen Menschen Schaden zufügt.

### Fazit

Das gesetzliche Zahlungsmittel Bargeld ist der Dreh- und Angelpunkt allen wirtschaftlichen Geschehens.

Es liegt nahe, die bis dato von Wirtschaftswissenschaft, Finanzinstitutionen und Politik miteinander vermischten Geldmengenbegriffe zu entwirren, sie einzeln zu untersuchen und zu gewichten. Solange es eine öffentliche Einrichtung gibt, mit sinnvollen hoheitlich festgelegtem Aufgabebereich, besteht noch Hoffnung. Bargeld leidet darunter, dass die Politik, die maßgeblich für die Gesetze verantwortlich ist – auch jenen, die die Aufgaben der Zentralbank bestimmen – sich nicht berufen fühlt, das System zu optimieren. Stattdessen entsteht der Eindruck, dass Politik damit überfordert scheint und die von privaten Interessen getriebenen Lobbyisten die Gesetzeslage nicht nur beeinflussen, sondern aktiv gestalten.

Es ist nicht Aufgabe der Zentralbank, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das ist Aufgabe der Politik. Die Zentralbank kann beispielsweise keine Geldumlaufsicherungsgebühr auf Bargeld einführen. Dafür fehlt ihr die rechtliche Legitimation. Sie kann der Politik Informationen liefern und Empfehlungen aussprechen. Entscheiden muss die Politik. Aber weder empfiehlt die Zentralbank grundlegende Änderungen, die sie im Zuge des Monitorings der Wirkungen von Geldpolitik und wirtschaftlicher Entwicklung erkennen können müsste, noch scheint die Politik über ausreichend Sachverstand und politischem Willen zu verfügen, um selbst das Zepter in die Hand zu nehmen. Der Ausweg daraus ist Druck von unten. Und der wiederum setzt eine auf Erkenntnis basierende Willensbildung voraus.